



BDP Subsektion Aarberg

Einwohnergemeinde Aarberg
Gemeinderat Aarberg
Stadtplatz 46, Postfach 77
3270 Aarberg

Aarberg, 8. April 2017

Parteienfinanzierung und Förderung von Fotovoltaikanlagen **Schulraumerweiterung**

Sehr geehrte Gemeinderätinnen, sehr geehrte Gemeinderäte

Wir nehmen Bezug auf Ihre Antworten vom 9. Februar 2017 auf unsere Anträge betreffend die Parteienfinanzierung vom Februar 2016 sowie die Förderung von Fotovoltaikanlagen vom August 2016 (beide Anträge finden sich auf unserer Homepage).

Dass die Antworten sehr lange auf sich haben warten lassen, kommentieren wir nicht weiter.

1. Parteienfinanzierung:

In Ihrem Antwortschreiben wird lediglich auf einen doch in die Jahre gekommenen Beschluss des Gemeinderates von 2007 Bezug genommen, wonach jede politische Partei, die einen Sitz im Gemeinderat innehat, jährlich einen Parteibeitrag von Fr. 1000.- ausbezahlt erhält (unbestritten) und im Wahljahr des Gemeinderates einen doppelten Parteibetrag von Fr. 2000.-.

Auf unseren Antrag, bei Gemeinderatswahlen jeder politischen Partei (i.d.R. als Verein konstituiert), welche sich aktiv an Gemeindewahlen beteiligt, sprich Kandidaten zur Wahl stellt, finanziell mit einem identisch hohen Betrag zu unterstützen wird gar nicht eingegangen.

Dieser offenbar ablehnende Entscheid wird weder begründet noch kommentiert. Wir bitten Sie in der Folge, den Entscheid in Wiedererwägung zu ziehen, bzw. uns eine nachvollziehbare Begründung, warum diesem Begehren im Sinne der Gleichbehandlung aller politisch aktiven Akteure (Pluralismus) nicht nachgekommen werden soll.

2. Förderung von Photovoltaikanlagen durch Gemeindebeiträge

Wir nehmen zu Kenntnis, dass der Gemeinderat auf unser Anliegen nicht eintreten wollte, aber die Förderung von alternativen Energien verbunden mit finanziellen Anreizen im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision prüfen wird. Dies, weil die Energiestrategie, inkl. Förderbeiträge ein zwingendes und zentrales Thema sein soll.

Dieses Argumentarium können wir nachvollziehen. Wir begrüßen, dass der Gemeinderat im Rahmen der Ortsplanungsrevision eine umfassende Energiestrategie anstrebt und werden die entsprechenden Bestrebungen mit Aufmerksamkeit verfolgen, bzw. unsere Anliegen im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens erneut einbringen.

3. Schulraumerweiterung

Im Wissen um die anstehende Schulraumerweiterung stellen wir insbesondere vor dem in Ziffer 2 genannten Hintergrund folgende Anträge:

1. die ökologische Bauweise sei als eines der wichtigsten zu bewertenden Vergabekriterien klar zu definieren. So kann die Gemeinde Aarberg im Bereich der Ökologie ihrer Vorbildfunktion nachkommen;
2. die Gesamtkosten seien als Vergabekriterium mit maximal 50% zu gewichten. Dadurch haben einerseits lokale, ortsansässige Gewerbetreibende und Dienstleister (KMU, Lehrbetriebe, Handwerker, Architekten etc.) die Chance für eine (Werk)auftragserteilung. Andererseits kann nur damit sichergestellt werden, dass der ökologischen Bauweise auch das notwendige Gewicht beigemessen wird (Ökologie gibt's nicht zum Nulltarif);
3. die Parteien seien regelmässig zu informieren (politische Begleitgruppe), bzw. deren Vertreter in einer zu konstituierenden Spezialkommission aufzunehmen.

Wir danken für die Antworten zu den Ziffern 1 und 3.

Mit freundlichen Grüßen

BDP Subsektion Aarberg

Der Präsident, D. Herren

z.K. per Mail an:

- Präsidentin SP Aarberg, Chantal Hersche – chantal.hersche@gmx.ch
- Präsidentin SVP Aarberg, Petra Wyss – petra_wyss@Yahoo.de
- Präsident FDP Aarberg, Renat Schwab – rs48@gmx.ch
- Präsident EDU Aarberg, Kurt Affolter – kurt.affolter@edu-schweiz.ch